

zeß, in dessen Verlauf sich verschiedene Seiten im Bewußtsein der Gläubigen nach und nach aus dem Einfluß der Religion lösen. Dabei lassen sich bemerkenswerte Erscheinungen beobachten. Formen, die einst Ausdruck der Abwendung der Bourgeoisie von der Religion, ja der Kritik an der Religion (wie Deismus und Pantheismus) waren, werden Formen der absterbenden Religiosität.

Verschiedene Formen des ‚Volksdeismus‘ und des ‚Volkspantheismus‘ sind unter den Gläubigen verbreitet. All das muß man erforschen, ernsthaft analysieren und diese ‚Restformen‘ der Religiosität geschickt überwinden. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Religion sehr lebensfähig ist und zäh im Bewußtsein von Millionen Menschen haftet. Sie hat auch heute noch eine breite Basis in der Bevölkerung und bleibt eine Ideologie, deren Einfluß nicht außer acht gelassen werden darf“ (S. 135).

Trotz der angeblich errungenen Triumphe forderte der Direktor des Instituts für Wissenschaftlichen Atheismus bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaft beim Zentralkomitee der KPdSU, Prof. Dr. Alexander Okulow, gründliche Studien der Religion für die Auseinandersetzung. Er bemerkte:

„Das Objekt der Forschung ist für uns nicht nur der Gläubige in verschiedenen Stadien seiner Abwendung von der Religion. Die andere Seite des Problems ist das Studium des Ausbreitungsprozesses der atheistischen Weltanschauung. Diesem Studium messen wir eine große Bedeutung bei. Uns interessiert, wie der Mensch zum Atheisten wird, welche Fakten die Verdrängung des Glaubens bewirken. Es wäre zu erwähnen, daß wir der Ansicht sind, die Weltanschauung des Gläubigen oder des Atheisten muß in ihrem ganzen Umfang studiert werden, da sich sonst die Gesetzmäßigkeit der Prozesse, die die Weltanschauung ausschlaggebend gestalten, kaum verstehen läßt. Wenn der Forscher nur eine Seite (ein Element) der Weltanschauung studiert, ohne den ganzen Komplex zu berücksichtigen, wird es ihm schwerfallen, die tatsächlichen Funktionen der Erscheinung richtig zu bestimmen.

Außerdem wollen wir uns nicht auf das Studium der Weltanschauung und der Psychologie der Gläubigen beschränken. Das Studium des gegenwärtigen Zustandes der Religiosität

bestätigt die allen Religionsforschern wohlbekannte Tatsache: Die Religiosität der Menschen läßt sich nicht auf entsprechende Vorstellungen reduzieren, denn die äußeren Merkmale der Religiosität (Kirchlichkeit) werden in vielem durch das soziale Milieu des Individuums bestimmt. Das Studium der gegenwärtigen Religiosität muß folglich das Studium aller gesellschaftlichen Beziehungen des Individuums, das Studium der Lebensverhältnisse der Gläubigen einschließen. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag einiger Forscher beachtenswert, die gesamte religiöse Gemeinde und die ganze Ortschaft in ihrer Einheit zu studieren“ (S. 138).

Die wahren Absichten

Abschließend kann man sagen, die Schrift „Religion und Atheismus heute“ ist insbesondere deshalb aufschlußreich, weil in ihr die Wünsche, Hoffnungen und Absichten der Kommunisten im Kampf gegen Religion und Kirche enthüllt werden. Die Kommunisten stellen sich auf eine langwierige Bekämpfung von Religion und Kirche ein und sind dabei bereit, für diesen Kampf die Erkenntnisse und Ergebnisse religionssoziologischer Forschung als nützliche Waffe mit einzusetzen.

Die Kommunisten glauben heute, sich auf den Säkularisierungstrend stützen zu können und den Faktor Zeit für sich arbeiten zu lassen, wobei sie jedoch keineswegs die ideologische Auseinandersetzung abschwächen bzw. dem Selbstlauf überlassen. Diese Schrift enthüllt mit aller Deutlichkeit: Es gibt für die Kommunisten keine friedliche Koexistenz mit der Religion. Die Religion wird nach wie vor als feindliche Ideologie gewertet, die letztlich beseitigt werden muß. Abkommen zwischen kommunistischem Staat und den Kirchen können unter den Bedingungen dieser Zielsetzung nur eine begrenzte Bedeutung haben, die wohl die Kirche nicht aber die Partei als den eigentlichen Machtfaktor im kommunistischen Staat binden.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Entwicklungen im kommunistischen China

Siebzehn Jahre sind vergangen, seit Mao Tse-tung mit einer schlecht gerüsteten Armee die von den USA unterstützten Kuomintang-Truppen seines Gegenspielers Tschiang Kai-schek vom chinesischen Festland verjagt hat. Es war ein Sieg des Weltkommunismus, der in Moskau und den Ostblockstaaten damals einhelligen Beifall fand, während in der westlichen Welt die Zweifel an der Dauerhaftigkeit des rotchinesischen Regimes nicht verstummen wollten. Die mehr als anderthalb Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft über Festlandchina haben die Wunschträume westlicher Politiker nicht reifen lassen. Der Beifall Moskaus ist wachsendem Mißtrauen und schließlich offener Fehde gewichen. Auch ohne zureichendes Atombombenarsenal und einsatzfähiges Nuklearwaffenträgersystem ist Rotchinas Stellung als Weltmacht eine Tatsache, an der weder die USA noch Europa noch die Sowjets vorbeikommen. Daß die heute etablierte kommunistische Macht in einem mehr als zwanzigjährigen, besonders grausamen Bürgerkrieg, der über Land und Menschen furchtbares Elend brachte, errungen wurde und daß die ersten Jahre nach dem Sieg 1949 Millionen andersdenkender oder den früheren besitzenden Klassen zugehöriger Chinesen den Tod durch Hinrichtung oder

Haft in Konzentrationslagern brachten, steht auf einem anderen Blatt.

Die zahlreichen „Säuberungen“, die wirtschaftlich unvernünftige Zwangsbewegung zum Eintritt in die landwirtschaftlichen Kooperativen und zur fortschreitenden staatlichen Beteiligung auch an kleineren Industriebetrieben, die Entsendung eines großen Heeres von „Freiwilligen“ in den Koreakrieg mit allen damit zusammenhängenden Lasten — all das hinderte nicht, daß die kommunistische Herrschaft sich weiterhin hielt und festigte. Wirtschaftliche Erfolge, vor allem beim Aufbau der Schwerindustrie, blieben nicht aus, auch wenn sie nur durch ein weitumspannendes Netz des Massenterrors ermöglicht wurden.

Vorübergehende Auflockerung

In diese Landschaft eines Kommunismus stalinistischer Prägung wollte es nicht recht passen, daß die Propaganda Pekings 1956 die Losung ausgab „100 Blumen sollen blühen — 100 Schulen miteinander wetteifern“. Diese — später von manchen westlichen Beobachtern als Appell an die Intellektuellen gedeutete — Aufforderung zur offenen Diskussion und Kritik an Mißständen im roten Reich der Mitte setzte einen völlig unbekanntem Akzent: die Zeit für einen neuen, liberaleren Kurs in Partei und Staat schien gekommen. Dieser frische Wind wehte nur

bis zum Juni des folgenden Jahres, machte aber dennoch der Partei hinreichend klar, daß es der Mehrheit der chinesischen Intelligenzschicht nicht bloß darum ging, einige Auswüchse zu beseitigen; ihre Kritik zielte tiefer und traf bald den Kern der kommunistischen Doktrin selbst. Die Studentenunruhen im ersten Halbjahr 1957 können als äußerer Gipfelpunkt dieser für die Partei immer gefährlicher werdenden Bewegung angesehen werden. Ab Juli 1957 stoppte die Parteiführung diese Periode offener Kritik mit einer neuen „Kampagne gegen die Rechtsabweichler“, die bis zum Frühjahr 1958 Hunderten das Leben kostete und mehr als hunderttausend von ihnen Zwangsarbeit und Haft einbrachte.

Die Parteiführung machte bei diesem Ergebnis nicht halt, sondern verkündete noch im Spätsommer 1958 die „Drei-Rote-Banner-Bewegung“, die in China in kürzester Zeit den Kommunismus voll etablieren sollte und aus drei Komponenten bestand: 1. Die „Generallinie des sozialistischen Aufbaus“ sah die gleichmäßige Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft unter Verwendung sowohl traditioneller wie moderner Produktionsmethoden vor; 2. der „Große Sprung vorwärts“ besagte die bevorzugte Förderung der Energie- und Stahlproduktion und die dadurch bedingte wirtschaftliche Ein- und Überholung westlicher Industrienationen; 3. als Volkskommunen bezeichnete Großkollektive sollten es ermöglichen, binnen einiger Jahre überall kommunistische Produktions- und Lebensverhältnisse zu schaffen. Nach aufgebauschten Anfangserfolgen führte die neue Kampagne das Land in eine ökonomische und innenpolitische Krise größten Ausmaßes, die sich zunehmend verschärfte und in dem Massenexodus nach Hongkong (1962) sowie in einer auf 10 Millionen geschätzten Zahl verhungerner Chinesen ihren Niederschlag fand. Diese Katastrophe führte 1962 und danach zu einer praktischen Aufhebung des strengen Organisationssystems der Volkskommunen; die „Generallinie des sozialistischen Aufbaus“ wurde außer Kraft gesetzt und statt dessen die Landwirtschaft mit Vorrang gefördert. Diese Kursänderung und die in den folgenden Jahren praktizierte Masseneinfuhr ausländischen Getreides — beides nach außen hin sichtbares Eingeständnis einer gescheiterten Politik — führten zu einer Besserung der Ernährungslage und einer Stabilisierung der Volkswirtschaft.

Der chinesisch-sowjetische Konflikt

Vor diesem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung sind der sino-sowjetische Zwist, die Entwicklung der Pekinger Außenpolitik und schließlich die Probleme der 1966 propagierten „Großen Kulturrevolution“ zu sehen. Auch zu Lebzeiten Stalins hat es gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen der chinesischen KP-Führung unter Mao Tse-tung und dem Kreml gegeben, mochten sie nun die zeitweilige Unterstützung Tschiang Kai-scheks durch Moskau oder andere Einzelfragen betreffen. Dennoch fiel all das nicht sehr ins Gewicht und drang kaum nach außen; hinzu kam, daß die Führungsautorität Stalins im kommunistischen Lager damals unumstritten war. Anders wurde es nach Chruschtschows Machtantritt und seiner Zerstörung des Stalinmythos. Dennoch kam es 1957 noch einmal zu einem Besuch Maos in Moskau. Die in den folgenden beiden Jahren von Chruschtschow forcierte Koexistenzpolitik (vor allem gegenüber den USA), der von ihm nach seinem Eisenhower-Besuch 1959 immer wieder beschworene „Geist von Camp David“ rief Miß-

trauen und Erbitterung in Peking hervor, woran auch eine zur Versöhnung unternommene Peking-Reise des Kremlchefs nicht viel änderte. Auf der Konferenz der „81 kommunistischen und Arbeiterparteien“ in Moskau (November 1960) griff Chruschtschow die Albaner an und rügte aufs heftigste ihre antisowjetischen Anschuldigungen. Der Kreml attackierte offiziell die immer mehr sich an Pekings Linie orientierenden Albaner, doch der aufmerksame Beobachter verstand, daß hier in erster Linie die chinesischen Führer gemeint waren. Schon lange zuvor hatte Peking die gleiche Taktik angewandt: man beschimpfte den jugoslawischen Revisionismus, aber man meinte ebenso den sowjetischen. Chruschtschows Versuche, sich durch erneute scharfe Abgrenzung vom Kommunismus jugoslawischer Prägung das Wohlwollen des mächtiger werdenden Nachbarn im Osten zu erkaufen, scheiterten. Auch die Verurteilung der Titoisten im Beschluß der erwähnten Moskauer Konferenz änderte nichts an der ablehnenden Haltung Pekings und seines Zwergsatelliten Albanien.

Kein ideologischer Waffenstillstand

Noch immer hofften Moskau und die Ostblockstaaten auf eine Milderung der Gegensätze. Die Parteitage in Bulgarien, Ungarn, Italien, der ČSSR zeigten ebenso wie der XXII. Parteitag in Moskau (Oktober 1962), wie weit die Entzweiung gediehen war. Auf dem XXII. Parteitag kritisierte Ministerpräsident Tschou En-lai Chruschtschows Angriffe auf die albanischen Führer. Die deutlich werdende Annäherung zwischen Moskau und Belgrad (Tito wurde in der Sowjetunion Ende 1962 geradezu herzlich empfangen) war sicher nicht dazu angetan, den Unmut der Chinesen zu dämpfen. Spöttische Bemerkungen aus Peking waren die Begleitmusik zum erzwungenen Abzug der Sowjetraketen aus Kuba, während auf dem Kongreß der ungarischen KP der Delegierte Moskaus, Otto Kuusinen, die Haltung Chruschtschows in der Kubakrise pries und die „ultralinken Kritikaster“ rügte, die „dem Weltimperialismus mit gewaltigem Wortschwall drohen, in Wirklichkeit sich aber nicht in der Lage zeigen, dem revolutionären Kuba auch nur die geringste praktische Hilfe im Kampf gegen die imperialistische Aggression zu erweisen“ („Die Zeit“, 14. 12. 1962). Deutlich zutage trat die Kluft zwischen Peking und Moskau auch im Januar 1963 auf dem Sechsten SED-Parteitag in Ost-Berlin, obwohl Chruschtschow hier den Vorschlag machte, die offenen Auseinandersetzungen zu beenden; der chinesische Delegierte wurde bei seiner Rede durch Tumulte behindert.

Obwohl die Polemik nicht verstummte, schien das Jahr 1963 noch einmal eine Periode der Hoffnung auf Verständigung oder „ideologischen Waffenstillstand“ zu bringen. Eine Einladung Pekings an Chruschtschow, auf einer Asienreise Peking zu besuchen, wurde vom Kreml mit dem Hinweis abgelehnt, daß der chinesische Parteichef an der Reihe sei, einen Besuch zu machen. Dennoch versprach Chruschtschow im Mai des gleichen Jahres, „alles zu tun, damit in den Gesprächen mit den chinesischen Genossen die Meinungsverschiedenheiten in einigen Tagen beseitigt werden“, nachdem China sich zur Entsendung einer Verhandlungsdelegation unter dem Generalsekretär der chinesischen KP Teng Hsiao-ping und Pekings Oberbürgermeister Peng Tschen nach Moskau bereit erklärt hatte. Aber die chinesischen Genossen kamen nicht ohne „Morgengabe“: In einem den Sowjets zuvor

übergebenen 25-Punkte-Brief wurde die Politik Chruschtschows verurteilt und die chinesische Haltung mit aller Klarheit und ohne Abstriche formuliert. Die Sowjets erwiderten darauf, der Brief aus Peking enthalte „willkürliche Verdrehungen, Verfälschungen und Verleumdungen“; das ZK der KPdSU beschloß im Juni 1963, an der eigenen Parteilinie gegenüber den Chinesen strikte festzuhalten, und sprach Chruschtschow das Vertrauen aus; eine entsprechende Erklärung wurde vom Moskauer Zentralkomitee am 4. Juli veröffentlicht. Die Besprechungen mit den Abgesandten Pekings zogen sich in die Länge. Sie endeten nicht mit einem lauten Krach. Dennoch war der Bruch unvermeidbar geworden.

Offener Bruch

Auf den 25-Punkte-Brief antwortete Moskau am 14. Juli 1963 mit einem Offenen Brief des ZK der KPdSU. Aus diesem Brief des Kremls ging klar hervor: Moskau habe den Wunsch, den Streit zu beenden, aber nicht auf seine Kosten. Die Sowjets betonten die Ablehnung des Personenkults, die unterschiedlichen Ansichten über das Problem Krieg und Frieden, über den Weg zum Kommunismus als hauptsächliche Streitpunkte. Man verurteilte die von Peking in China betriebene antisowjetische Propaganda und die Behauptungen, die Sowjetunion sei verantwortlich für die Reduzierung der sowjetischen Wirtschaftshilfe. In zahlreichen langen Kommentaren gab Peking seine Erwiderung auf diesen Offenen Brief, dabei war Rotchina auch bemüht, das „kapitalistische“ Ausland mit unzähligen Übersetzungsexemplaren der antisowjetischen Pamphlete zu überschwemmen.

Hier einige Zitate aus dem 1. chinesischen Kommentar zum Offenen Brief: „Die völlige Verleugnung Stalins durch Chruschtschow ... bedeutete im Grunde die Verleugnung der proletarischen Diktatur ... Die Führung der KPdSU setzte Truppen ein, um sich die polnischen Genossen mit Gewalt zu unterwerfen. Damit beging sie den Fehler des Großmachtchauvinismus ... Dieses Programm [der KPdSU] richtet sich gegen die Revolution der zwei Drittel der Gesamtbevölkerung der Welt, die immer noch unter dem imperialistischen und kapitalistischen System leben ... Selbst bei flüchtigem Studium des Programms der KPdSU ... ist es nicht schwer, festzustellen, daß die Führung der KPdSU ein durch und durch revisionistisches Programm aufgestellt hat, das dem des Marxismus-Leninismus ... völlig widerspricht“ (Pekinger „Volkszeitung“, 6. 9. 63). Weitere Vorwürfe dieses Kommentars betrafen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Moskaus zu Albanien, die „heimtückischen Angriffe“ auf die KP Chinas, eine angeblich von den Sowjets entwickelte „subversive Tätigkeit“ im chinesischen Singkiang (Ostturkestan), „bei der Zehntausende chinesischer Bürger in die Sowjetunion gelockt oder unter Zwang hinübergebracht wurden“; ferner war die Rede davon, daß die Kremlführer mit den „USA-Imperialisten politische Geschäfte machen“ (Pekinger „Volkszeitung“, 6. 9. 63).

Handfeste Interessenpolitik

In späteren Kommentaren wurden diese Vorwürfe gegen Moskau immer wieder aufgegriffen und durch neue Fakten aktualisiert. Der Grundtenor blieb der gleiche wie im September 1963. Die Sowjets blieben die Antwort nicht schuldig. Die Sprache verschärfte sich und wurde noch konkreter. Es kam zu Demonstrationen auf beiden Seiten, zu Protesten und Demarchen, und beide Seiten sam-

melten Anhänger in den kommunistischen Parteien des Ostens und Westens.

Besondere Beachtung verdient die Rede des sowjetischen Parteiideologen Suslow vom 14. Februar 1964 vor dem ZK der KPdSU. Darin heißt es:

„Die Führung der KP Chinas will offenkundig die Kräfte des nationalen Befreiungskampfes unter ihre Kontrolle bringen, um sie zu einem Instrument für die Verwirklichung des eigenen Führungsanspruches zu machen ... In ihrem ganzen Handeln ... konzentriert sie ihre Bemühungen nicht auf Festigung der Einheit der antiimperialistischen Kräfte, sondern auf den Kampf gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder ... In letzter Zeit haben die chinesischen Führer praktisch mit der Gründung separater Organisationen für die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas begonnen (Gewerkschaften, Journalisten-, Schriftsteller-, Studenten-, Sportlerverbände usw.), die sie dem Weltgewerkschaftsbund entgegenstellen wollen“ („Prawda“, 3. 4. 64). Hier wurde offenkundig, daß es im chinesisch-sowjetischen Konflikt nicht nur um die „Reinheit der Lehre“, sondern um handfeste Macht- und Führungsprobleme geht.

Es war Chruschtschow nicht gelungen, bis zu seinem Sturz im Herbst 1964 eine eindeutige Verurteilung Pekings durch eine internationale kommunistische Konferenz zu erreichen. Aber auch die Hoffnung der Erben Chruschtschows — an ihrer Spitze Breschnew und Kossygin —, nach der Entmachtung ihres Vorgängers einen besseren Kontakt zu Peking herzustellen, wurde enttäuscht. Nach kurzem Abflauen lebte die beiderseitige Polemik erneut auf. Eine „Konsultativkonferenz der kommunistischen Parteien“, die im März 1965 in Moskau tagte und den Streit mit Peking behandelte, wurde von China als „Spalterkonferenz, die als Erbschaft Chruschtschows von der neuen Führung der KPdSU zustande gebracht worden war“, bezeichnet. In der gleichen Pekinger Erklärung wird den neuen Kremlführern vorgeworfen, sie hätten alle Fehler Chruschtschows übernommen; das Ganze schloß mit einer unverhüllten Kapitulationsaufforderung an die sowjetische Seite („Peking-Rundschau“, 30. 3. 65).

Einfluß auf die anderen Parteien

In seinem „Testament“ räumte der frühere italienische KP-Chef Togliatti ein: „Es ist wahr, daß bereits heute die fraktionistischen Bestrebungen der Chinesen auf breiter Basis und in fast allen Ländern entwickelt werden. Man muß verhindern, daß die Quantität dieser Bestrebungen zur Qualität wird, das heißt zu einer wirklichen, allgemeinen und konsolidierten Spaltung.“ In der Tat wuchsen in Lateinamerika und Asien, aber auch in Europa, auf Peking orientierte Fraktionen innerhalb der bestehenden KPs oder eigenständige Parteien heran, auch wenn ihre Mitgliederzahlen relativ unbedeutend sind. Als Sieg Moskaus in dieser Auseinandersetzung um den Einfluß in den „Bruderparteien“ ist die in letzter Zeit beobachtete Abwendung Nordkoreas sowie der japanischen KP zu werten.

Eine besondere Nuance des chinesisch-sowjetischen Konfliktes bildet die Erklärung Mao Tse-tungs, die er gegenüber japanischen Sozialisten im Spätsommer 1964 abgab. Dabei beschuldigte er die Sowjets, nicht nur die Kurilen von Japan geraubt, sondern auch — ganz abgesehen von den eigentlich China gehörenden Gebieten im asiatischen Teil der Sowjetunion — Gebiete anderer Länder an sich

gerissen zu haben. „Sie haben sich Teile Rumäniens angeeignet. Sie haben Teile Ostdeutschlands abgetrennt und die eingessene Bevölkerung in den westlichen Teil hinausgetrieben. Sie haben Teile Polens abgetrennt und diese Rußland angegliedert. Und als Kompensation dafür wurden Polen Teile Ostdeutschlands übergeben... Sie haben alles abgetrennt, was man nur abtrennen konnte“ (nach „Rheinischer Merkur“, 11. 9. 64). Obwohl in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen ist, daß China mit Gewalt auf die Rückgabe von ihm reklamierter Gebiete dringen wird, hat Mao hier deutlich gemacht, daß er diese Frage einer territorialen Neugliederung, auch in Europa, jederzeit aufs Tapet bringen kann, was für Moskau höchst unangenehme Folgen haben würde.

Im Zusammenhang mit dem sich zuspitzenden Vietnamkonflikt verschärfte sich auch der Ton des Streites zwischen Moskau und Peking: Während das Moskauer Zentralkomitee der Partei die Chinesen beschuldigte, sie bereiteten die chinesische Bevölkerung auf einen „gemeinsamen Angriff der Sowjetunion und Amerikas oder auch der Sowjetunion allein auf China vor“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 19. 3. 66), erklärte der rotchinesische Außenminister gegenüber der Stockholmer Zeitung „Dagens Nyheter“: „Wir bereiten uns darauf vor, allein zu kämpfen. Die Sowjetunion mag uns zu Hilfe kommen, sie mag sich aber auch auf die Seite der Vereinigten Staaten schlagen. Wir wissen es nicht...“ Die Ausschreitungen der Roten Garde, einer kommunistischen Jugendorganisation Chinas, vor der sowjetischen Botschaft in Peking (die an der neubenannten „Straße des Antirevisionismus“ liegt) und gegenüber Angehörigen der sowjetischen und sowjetzonalen diplomatischen Vertretung haben die Spannungen auf einen neuen Höhepunkt getrieben. Daß Anfang September dieses Jahres die sowjetischen Parteiführer in der Pekinger „Volkszeitung“ als „Termiten der Arbeiterklasse“ und „Hauptkomplizen der Raubmörder in Vietnam“ bezeichnet wurden, rundet dieses Bild nur ab.

Peking und die Länder der Dritten Welt

Die wirtschaftliche Hilfe Rotchinas für Entwicklungsländer macht nur ein Zehntel der gesamten kommunistischen Auslandshilfe aus und steht in keinem Verhältnis zu den politischen Bemühungen Pekings um die Dritte Welt. Die chinesischen Kommunisten fühlen sich tatsächlich berufen, Führer dieser jungen Staaten zu sein oder zu werden. Schon in den fünfziger Jahren wurden Kontakte zu radikalen Kräften in Lateinamerika, Afrika und Asien geknüpft. Im Gegensatz zu den westlichen Industriestaaten fühlten sich die Kommunisten in den Entwicklungsländern vom chinesischen Vorbild sehr angezogen, hatte sich doch auch China aus der Zeit des Feudalismus in die Epoche des Sozialismus katapultiert. Chinesische Armut und primitive Fertigungsmethoden gegenüber der reichen, hochindustrialisierten Sowjetunion; bedürfnislose Entwicklungshelfer aus China gegenüber anmaßend auftretenden, auf ihre Privilegien pochenden sowjetischen Technikern; eine für den einfachen Menschen einleuchtende Klassenkampftheorie der Chinesen gegenüber einem mit vielen Wenn und Aber verbundenen politischen Programm der Sowjets — all diese Alternativen schienen in den Augen der Entwicklungsländer für die chinesische Seite zu sprechen. Hinzu kam, daß die linksradikalen Kräfte dieser Entwicklungsländer glaubten, den Kriegskurs Pekings gutheißen zu können, da er

ihre Länder kaum so treffen würde wie die Industrienationen in Ost und West.

In der Tat blieben das Liebeswerben der Chinesen, vor allem in Afrika und Asien, ihre radikalen, gefühlsbetonten Parolen und ihre rücksichtslose Unterstützung putsch- und revolutionsfreudiger Gruppen anfänglich durchaus nicht ohne Erfolg.

1960 wurde in Rotchina die Chinesisch-Lateinamerikanische Freundschaftsgesellschaft gegründet; man organisierte Rundfunksendungen in spanischer und portugiesischer Sprache zur Förderung des revolutionären Kampfes; Emissäre aus Peking bereisten Mittel- und Südamerika, während Linksozialisten und Kommunisten aus diesen Gebieten nach Rotchina geladen wurden. Längere Zeit sah es so aus, als würde sich der chinesische Kommunismus auf Kuba durchsetzen, doch ging schließlich die Sowjetunion aus diesem Wettbewerb als Sieger hervor, da nur sie Fidel Castro die notwendige Unterstützung für seine bankrotte Wirtschaft geben konnte. Während Peking seine Bemühungen in Venezuela und Kolumbien darauf konzentrierte, die Partisanengruppen in diesen Ländern zu fördern, konnte es in Brasilien zwei Jahre lang eine neue prochinesische KP unterhalten. Auch in anderen Teilen des Kontinents machten sich prochinesische Kräfte bemerkbar, doch mußten auch sie Rückschläge hinnehmen.

Einbußen in Afrika

In Afrika schien Peking vor einigen Jahren einen Siegeszug ohnegleichen anzutreten. Auf seinen 1964 und 1965 erfolgten Reisen durch mehrere afrikanische Länder erklärte Premier Tschou En-lai, dieser Kontinent sei „reif für die Revolution“. Der chinesische Funktionär Liu Ning-yi schrieb nach einem Afrika-Besuch wie zur Bestätigung der Pekinger These von der Volksrevolution aus eigener Kraft: „Afrika wird zu einem erwachten, kämpferischen, revolutionären und fortschrittlichen Erdteil... Die afrikanischen Völker haben im Laufe des Aufbaues ihrer Länder nach und nach erkannt, daß sie Gewicht darauf legen müssen, sich auf die eigenen Anstrengungen zu verlassen...“ Und er fährt fort: „Gleichgültig, wie sich die Imperialisten, die modernen Revisionisten und die Reaktionäre aller Länder auch die Köpfe zerbrechen, und gleichgültig, welche Tricks sie benutzen, um die kämpferische Solidarität und Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Afrikas zu zerstören, ihre Anschläge werden niemals Erfolg haben“ (Bericht Liu Ning-yis vor einer erweiterten Sitzung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses in Peking vom 5. Mai 1965; zitiert nach „Peking-Rundschau“, 25. 5. 65).

Während Tschou En-lai die diplomatischen Einflußmöglichkeiten im Schwarzen Erdteil testete, gab es Einwirkungen auf einer erheblich tiefer gelegenen Ebene: durch Infiltration und Subversion, durch Waffenlieferungen und Aufstandsparolen. Aus einer chinesischen Armeebroschüre von 1961 ist zu entnehmen, daß Peking der Meinung war, ein Aufstand in einem oder zwei afrikanischen Ländern werde auf die Nachbargebiete übergreifen. „Werdet nicht müde, zu kämpfen, Kongolesen“, feuerte die Pekinger „Volkszeitung“ (6. 5. 64) die kongolesischen Guerillas an. Besonders in Algerien, Tansania, Kongo-Brazzaville, Burundi, Ghana schienen Rotchinas Bemühungen auf Gegenliebe zu stoßen (vgl. Herder-Korrespondenz 19. Jhg., S. 705 ff.).

Etwa seit dem vergangenen Jahr ist eine rückläufige Entwicklung in den Beziehungen Chinas zu den afrikanischen Staaten eingetreten, und Peking muß eine Schlappe nach der anderen hinnehmen. Im Zusammenhang mit der geplanten Afro-Asiatischen Konferenz in Algier wurde das besonders offenkundig. Ein nigerianischer Politiker erklärte damals in der Abidjaner Zeitung „Fraternité-Matin“: „Die Chinesen sind der Hauptgrund, warum wir nicht nach Algerien kommen wollen. Wir glauben nämlich, daß es nicht nur einen ‚rechten‘ Imperialismus gibt. Es gibt auch einen roten, der sich durch irreführenden Gebrauch des Begriffes ‚Neokolonialismus‘ als Lehrer der Freiheit ... aufspielt“ (zit. nach China Reporting Service, Hongkong). Burundi hatte bereits Anfang 1965 die Beziehungen zu Peking abgebrochen. Tschous Wort von dem für eine Revolution reifen Afrika veranlaßte die Regierung in Nairobi (Kenia) zu der Abfuhr: „Es ist nicht klar, welchen Typ von Revolution er meint. Die Regierung von Kenia möchte aber darauf hinweisen, daß Kenia alle Revolutionen niederschlagen wird, ungeachtet ihrer Ursprünge...“ Die wegen des Sturzes Ben Bellas nicht zustande gekommene Afro-Asiatische Konferenz, die in Algier am 29. Juni 1965 beginnen sollte, machte Pekings Hoffnung vorerst zunichte, sie als Schaubühne für eine gegen Moskau gerichtete Kampagne zu benutzen.

Die großen Propagandaerfolge vorbei

Auch in Asien, in seiner eigentlichen Nachbarschaft, war Rotchina nicht untätig geblieben. Der Krieg in Vietnam sollte dazu dienen, gegen die Amerikaner, aber auch gegen die Sowjets (wegen zu geringer Hilfe für Vietnam und heimlichen Paktierens mit den USA) zu agitieren. Dennoch dürften die Unnachgiebigkeit im Vietnamkrieg und die chinesischen Atomversuche (ebenso wie die Weigerung, dem Abkommen über den Atomteststop beizutreten) Peking eher unglaubwürdig gemacht haben. Der gescheiterte kommunistische Putsch in Indonesien bedeutete den wohl größten Gesichtsverlust Rotchinas in Asien; diese größte Partei eines nichtkommunistischen Landes hatte sich zuvor mehr und mehr auf Peking ausgerichtet und im Sinne der rotchinesischen Parolen zu einer voreiligen Erhebung drängen lassen, die mit einem Massaker unter nichtkommunistischen Offizieren begann und dann in eine blutige Kommunistenverfolgung umschlug.

Der Sturz Kwame Nkrumahs in Ghana und die Tatsache, daß Rumänien nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern auch gegenüber Rotchina eine zunehmend selbstbewußte Haltung einnimmt, mögen ebenfalls zum Prestigeverlust Pekings noch beigetragen haben. Der Umstand, daß Festlandchina sich bisher darauf beschränkt hat, die Nordvietnamesen und Vietcong mehr mit Appellen und großen Worten statt mit materieller Hilfe zu unterstützen, wird seine Behauptung von den „amerikanischen Papiertigern“ sicher nicht wahrer gemacht haben. Alles in allem betrachtet, darf man feststellen, daß die Zeit der großen Propaganda- und Werbungseffekte der Chinesen vorerst ihr Ende gefunden hat.

Die große Kulturrevolution

Schon seit dem Frühjahr 1964, zunehmend dann im Jahre 1965, haben aufmerksame Besucher des chinesischen Festlandes und kritische Leser rotchinesischer Publikationen eine erneute Radikalisierung des Lebens, vor allem auf dem Gebiete der Kultur und der ideologischen Erziehung,

registrieren müssen. Schüchterne Versuche einiger durchaus parteiergebener Intellektueller, einen gewissen Raum für Kritik und Diskussion zu schaffen, wurden im Spätsommer 1965 von der Parteiführung unterdrückt. (Der Leiter der zentralen Parteihochschule, der die Synthese wichtiger als die Antithese bezeichnet hatte, wurde abgesetzt.) Während man die Peking-Oper nach Westeuropa schickte, damit sie mit den hervorragenden Leistungen ihrer Künstler für Peking Reklame machte, wurden die Darsteller in der Heimat mehr und mehr gehindert, diese beliebte Kunstform in der traditionellen Weise zu vertreten. Tao Chu, ein ZK-Mitglied der chinesischen KP, erklärte zu dieser Zeit: „Literatur und Kunst bilden einen wichtigen Flügel der ideologischen Front... Ein Ensemble ... ist hauptsächlich danach zu beurteilen, in welchem Maße es die proletarische Politik fördern kann.“ Eine sozialistische Revision der Peking-Oper wurde befohlen; eine ähnliche Kampagne richtete sich auf den Film. Hierzu hieß es in einem Appell an die Filmschaffenden, veröffentlicht in der Pekinger Zeitung „Kuangming Ribao“: „Eure Aufgabe ist es, dem Publikum nicht zu zeigen, was es will, sondern ihm Stücke vorzustellen, wie die Partei sie will, solche, in denen ... klassenkämpferische Ideale verherrlicht werden“ (zit. nach „Digest des Ostens“, 6/1964).

Schriftsteller und Dichter, die seit je in China besonders hohes Ansehen genossen, wurden das Opfer einer Hexenjagd. Man erwartete von ihnen, daß sie „mit unbändigem revolutionärem Optimismus“ Arbeiter und Bauern verherrlichen. Auch der 74jährige Kuo Mo-jo, parteitreuer Vorsitzender der Gesamtchinesischen Vereinigung literarischer und künstlerischer Zirkel, Präsident der Akademie der Wissenschaften, wurde am 28. April 1966 zu der Selbstkritik gezwungen, daß alle seine Werke „genaugenommen zu Asche verbrannt werden sollten, da sie nicht den geringsten Wert besitzen. Und der Hauptgrund dafür ist, daß ich die Ideen Mao Tse-tungs weder genau studiert noch sie mir zu eigen gemacht habe!“ Kulturminister Shen Yen-ping, bekannt geworden unter seinem Autorennamen Mao Dun, wurde bereits im Dezember abgesetzt. Auch Hsia Yen, ein bekannter Dramatiker, verlor seinen Posten als stellvertretender Kulturminister. Die Reihe gemäßregelter Künstler ließe sich fortsetzen. Allein innerhalb eines Jahres sollen Zehntausende Menschen, die schriftstellerisch oder künstlerisch tätig waren, zur Bewährung „in die Produktion“ oder in die Armee gesteckt worden sein.

Die Partei will den ideologischen Sprung nach vorn. Dabei macht sie selbst vor den Tempelmärkten, den traditionellen Zentren des Austausches von Waren und Neuigkeiten, und den beliebten Teehäusern nicht halt. Erzähler werden dorthin geschickt, die Geschichten mit revolutionärem Inhalt vortragen sollen. Die Teehäuser sollen „zu starken Festungen werden, von denen sozialistisches Denken seinen Ausgang nehmen soll“. Diese Kampagne auf allen Gebieten nahm immer mehr hysterische Züge an, bis sie schließlich in der als „Großen proletarischen Kulturrevolution“ apostrophierten Bewegung im Sommer 1966 einen Höhepunkt erreichte. Dabei ist charakteristisch, daß die eigentlichen Veränderungen auf kulturellem oder kulturpolitischem Gebiete zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend durchgesetzt worden waren; die neue Parole wurde erst richtig in den Vordergrund gestellt, als die Parteiführung daranging, innenpolitische Ziele zu verwirklichen.

Hintergrundprobleme

Bei der zur Zeit propagierten und durchgeführten „Großen Kulturrevolution“ sind folgende Momente hervorzuheben:

1. Mao und seine Vertrauten scheinen ernstlich zu befürchten, daß die folgenden Generationen Chinas durch Konsum und Bequemlichkeit verweichlichen und eine „spontane Entwicklung zum Kapitalismus“, wie in der Sowjetunion, eintreten könnte. Um so mehr bemüht man sich, die junge, rote Elite, verkörpert in der Roten Garde, zum Haß auf alles Überkommene und Fremde zu erziehen, auf alles, was nach Kapitalismus oder Revisionismus riecht. In diesen Rahmen gehört auch die Profanierung christlicher Kirchen durch die Rote Garde und die Schließung der letzten katholischen Schule für Ausländer zu Peking.

2. Ein zunehmender Kult, der zuweilen den Grad einer Vergöttlichung erreicht, wird planmäßig um die Person Mao Tse-tungs betrieben. Er ist die „rote Sonne in unseren Herzen und immer mit uns“, seine Worte sind der Weisheit letzter Schluß; Zitate von ihm helfen den Menschen Chinas, die kühnsten technischen Entdeckungen zu machen und jede Schwierigkeit beruflicher oder persönlicher Natur zu überwinden (die Festlandpresse ist voll von derartigen Beispielen). Inwieweit diese Vergöttlichung Maos seinen potentiellen Nachfolgern als Mittel für den eigenen Aufstieg dienen soll, kann nur vermutet werden; sicher spielt dieses Motiv eine gewisse Rolle. Zugleich könnte sie als ein Mittel zur Fanatisierung der Massen und damit als psychologische Vorbereitung auf einen möglichen größeren Krieg verstanden werden (was nicht unbedingt heißt, daß Peking den großen Krieg anstrebt). Hinzu kommt, das Maos „blühende Gesundheit“ („er schwamm am 16. Juli 15 km in 65 Minuten“) besonders herausgestellt wird, nachdem monatelang von einer schweren Krankheit die Rede war.

3. Eine Umgruppierung in der Parteiführung ist eingetreten. Lin Piao, Verteidigungsminister, hat die Stelle nach Mao in der Partei eingenommen, die bisher Staatspräsident Liu Schao-tschü innehatte — und nur die Parteilung zählte bisher in der Hierarchie der Macht in China. Er wird in der Presse gleich nach Mao genannt.

Aus der „Roten Fahne“ wird ersichtlich, daß er zum offiziellen Interpreten der Gedanken Maos geworden ist: „... wir müssen uns die wichtigsten Instruktionen des Genossen Lin Piao über das praktische Studium und die Anwendung der Werke Mao Tse-tungs zu eigen machen...“ Daß die „Große Kulturrevolution“ mit einem Machtkampf verquickt ist, wird auch aus der Tatsache deutlich, daß der frühere zweite Mann, Liu Schao-tschü, inzwischen auf den siebten Platz in der Hierarchie gefallen ist. Darauf weist auch eine im Mai 1966 veröffentlichte Meldung aus Peking hin, der zufolge Klassenfeinde und Rechtsabweichler versucht haben sollen, die Macht in der Volksrepublik China an sich zu reißen. Eine Anzahl weiterer hoher Funktionäre wurde gestürzt, darunter der Pekinger Oberbürgermeister Peng Tschen, der die Delegation zu den Gesprächen mit den Sowjets über den schwebenden Konflikt mit angeführt hatte und als erbitterter Feind des sowjetischen Revisionismus bekannt war, also kaum als Rechtsabweichler bezeichnet werden kann.

Kampf um die Nachfolge

Die Übergriffe der aufgeputzten Rotgardisten haben Schlagzeilen in der ganzen Welt gemacht und auch im Ostblock öffentlich bezeugten Widerwillen hervorgerufen; indessen hat die Parteiführung sie zur Mäßigung angehalten, wohl um den organisierten Volkszorn nicht aus der Kontrolle zu verlieren. Mit großer Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß hier Kräfte in der Parteiführung einen Begriff davon geben wollten, wie sehr sie die Massen dirigieren können, auch gegen eventuelle Rivalen um die Macht.

Nach siebzehn Jahren ist die Volksrepublik China innerlich noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Daß die Unruhe, die das Land umtreibt, beim Tode Mao Tse-tungs erneut anschwellen wird, liegt im Bereich des Wahrscheinlichen. Keineswegs bedeutet der Aufstieg Lin Piao, daß die Nachfolge gesichert ist; auch der von Stalin designierte Nachfolger Malenkow hat sich seinerzeit nicht lange an der Macht halten können. Der Kampf um das Erbe des kranken „Vorsitzenden Mao“ hat erst begonnen.

Aus der Ökumene

Substanzwandel des Ökumenischen

An der Genfer Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ ist eine tiefgreifende Veränderung im Bewußtsein einer gemeinsamen Verantwortung der Christen wie der Kirchen sichtbar geworden. Behelfsweise sei dieses näher zu untersuchende Phänomen ein „Substanzwandel des Ökumenischen“ unter dem Druck der Welt genannt. Bis in das Ökumenismusdekret und die erste Planung der „Gemeinsamen Arbeitsgruppen“ Genf-Rom hinein überwogen jene Probleme, die mit der Una-Sancta-Bewegung seit zwanzig Jahren größere Aufmerksamkeit erregten und die auch einen Teil, den meist für wesentlich gehaltenen Teil der Ökumenischen Bewegung, „Faith and Order“, beherrscht haben. Grob gesagt, ging es da um die Wiederherstellung der dogmatischen wie ekklesialen Einheit der Christen oder um Kontroverstheologie im guten Sinn,

eine Theologie des Verstehens der Partner anderen Glaubens und die Entdeckung von Lösungen für die verbleibenden Aporien der Glaubensverschiedenheit (vgl. dazu jetzt die Beiträge von Congar, Nissiotis und Schlink in: „Kerygma und Dogma“ 1966, Heft 3).

Ohne die beträchtlichen Fortschritte zu verkennen, die in diesen Spalten regelmäßig gebührend berichtet wurden, muß man doch sagen, daß ein Ende der Trennung noch nirgendwo auch nur in Sicht gekommen ist, ausgenommen die neue Haltung gegenseitiger Brüderlichkeit und des methodischen Gesprächs. Es war ein befreiendes Wort, daß gerade Msgr. Charles Moeller, Untersekretär der Kongregation für die Glaubensverbreitung, in Genf den Aufgaben der praktischen Zusammenarbeit im Dienste der Welt die „Priorität der Dringlichkeit“ zuerkannte. Er hat damit eine traditionelle Unterbewertung des „social gospel“ beseitigt (vgl. Herder-Korrespondenz ds.